



Wieviel Religion verträgt die Demokratie?

Ein Bericht über den Vortrag von Prof. Dr. Norbert Lammert am Dienstag, 19. Februar 2019 in der Kath. St.-Elisabeth-Gemeinde Hameln

Professor Lammert war der zweite Gastreferent der Vortragsreihe 2019 über die Frage „Neues Deutschland? – Kultureller und politischer Streit“, die eine Woche zuvor von Prof. Dr. Hajo Funke mit einem Vortrag über Populismus, Rechtsextremismus eröffnet worden war. Norbert Lammert ist seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, zuvor von 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, dem er seit 1980 angehörte. Eine kurze Zusammenfassung seines Vortrags:

I.

Wieviel Religion verträgt oder erträgt die Demokratie bzw. eine moderne, aufgeklärte Gesellschaft, und/oder braucht ein demokratischer Staat Religion, und wenn ja, wieviel? Politik und Religion machen



unterschiedliche Gestaltungsansprüche geltend. Ihr Ziel ist es, Menschen zu beeinflussen. Während Religion eher nach Wahrheit sucht (was ist richtig?), ist Politik auf den Ausgleich von Interessen ausgerichtet (was ist wichtig?). Wer allerdings Politik und Religion nur als Gegensätze ansieht, versteht wohl nichts von Religion.

II.

Religion ist so alt wie die Menschheit, aber erst seit der Epoche der Aufklärung (vor ca. 300 J.) wissen wir, dass in der Politik die Suche nach unbedingter Wahrheit

aussichtslos ist (nachdem jahrhundertlang Menschen im Namen der Wahrheit verfolgt, entrechtet und verbrannt worden waren). In einem demokratischen Gemeinwesen liegt niemand mit Sicherheit richtig bzw. hat er die einzig richtige Lösung. Wer Recht hat bzw. was gilt, bestimmt die Mehrheit, nicht die Wahrheit. (Wenn die Wahrheit offenkundig wäre, bräuchte man z.B. auch keine Wahlen). Die Religion lebt desungeachtet weiterhin von der Suche bzw. der Erkenntnis von Wahrheit(en). Aufgrund dieses Spannungsverhältnisses von Religion und Politik müssen in einem demokratischen Staat beide getrennt werden.

III.

Die Verfassungen der einzelnen Länder sind unterschiedlich, auch innerhalb Europas. Sie sind Ausdruck von Überzeugungen und Geltungsprinzipien und spiegeln die unterschiedlichen Erfahrungen der Völker wider. In unserem Grundgesetz wird nach den Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus der Würde des Menschen eine zentrale Rolle zugewiesen, die eindeutig religiös definiert ist. In der Präambel des Grundgesetzes heißt es zudem: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

In einen (geplanten) gesamteuropäischen Verfassungsentwurf hat sich ein derartiger Gottesbezug nicht einbringen lassen, da er mit der Tradition von Ländern unvereinbar war, in denen Religion in Politik und



Staatswesen keine Rolle spielen darf. Bei uns wird demgegenüber gern ein Satz zitiert, den 1967 ein späterer Bundesverfassungsrichter geprägt hat: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“. Für den Philosophen Jürgen Habermas speist sich auch die vernunftmäßige Legitimation von Recht und Politik aus Quellen der religiösen Überlieferung.

Ein demokratischer Staat braucht eine Gesellschaft mit ausreichend (bürgerlicher) Moral; er muss das Wagnis eingehen, dass Überzeugungen frei geäußert werden können. Andernfalls käme er nicht ohne Zwang aus (was vor der Aufklärung der Fall war und in anderen Teilen der Welt heute noch ist). Die freie Meinungsäußerung muss aber auch eine freie Religionsausübung garantieren. Im Weltmaßstab ist vor allem in den letzten Jahren eine zunehmende Politisierung religiöser Wahrheitsansprüche zu beobachten, verbunden mit der Instrumentalisierung von (fundamentalistischen) Religionen. Dahinter steckt in aller Regel das Ziel, politische Macht zu erringen bzw. zu erhalten. Historisch betrachtet gibt das unterschiedliche Selbstverständnis verschiedener Religionen und Kulturen für uns Europäer allerdings keinen Anlass zu Überheblichkeit. Bekanntlich war im Abendland über viele Jahrhunderte hinweg religiöse Tradition die Grundlage für geltendes Recht. Als Quelle der Orientierung sind religiöse Überzeugungen aber keineswegs überholt; Fundamentalismus ist kein Gegenargument.

IV.

Es ist notwendig, den Unterschied zwischen Politik und Religion einerseits und den Parteien und Kirchen andererseits zu bedenken. Beide Institutionen (neben anderen) haben mit einem zunehmenden Vertrauensverlust zu kämpfen. Nur noch ca. 60% der Deutschen gehören einem christlichen Bekenntnis an. Dennoch ist unstrittig, dass unsere Kultur christlich geprägt ist (z.B. die christlichen Feiertage). Im Übrigen ist die Schlussfolgerung, dass die Abnahme der Zahl der Kirchenmitglieder bzw. der Gottesdienstbesucher für einen allgemeinen Glaubensverlust stehe, falsch.

Leider ist es einfacher, die Situation zu beschreiben, als Lösungen zu finden. Die abnehmende aktive Beteiligung geht mit abnehmender Relevanz der Institutionen einher. Eindeutig zu empfehlen ist eine verbesserte Kommunikation, sowohl bei den Kirchen als auch bei den politischen Parteien, sowie auch zwischen ihren Vertretern. Die Politik hat sich zunehmend mit ethischen Fragen auseinander zu setzen; der wissenschaftliche Fortschritt umfasst immer mehr Bereiche, die Leben und Gesundheit der Menschen betreffen. Längst ist klar, dass nicht alles Mögliche auch erlaubt sein darf, wobei die Grenzziehung schwierig ist. Auf der anderen Seite sind Auseinandersetzungen um religiöse Traditionen und Moral häufig politischer Natur (Kopftuchstreit, Beschneidung).

Jede Gesellschaft braucht ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten, aber was kann in einer zunehmend inhomogenen Gesellschaft allgemein verbindlich sein? Die Inhomogenität beginnt ja in vielen Familien. Ein Mindestmaß an Verbindlichkeit verlangt aber ein ausreichendes Maß an Toleranz, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich und auf politischem wie religiösem Gebiet. Der demokratische Staat braucht religiöse Toleranz auch zur Selbsterhaltung.

Dr. Detlef Merkel

Foto von Wolfhard F. Truchseß.